

Die sozialen Folgen des Kernkraft-Abbaus: mitgedacht, oder egal?

geschrieben von AR Göhring | 18. Januar 2022

von AR Göhring

Die regionale Politik reagiert mit Subventionsforderungen auf die Abschaltung des Weltmeister-Kraftwerks Grohnde im Kreis Hameln-Pyrmont. Grund: Im KKW arbeiteten nicht wenige Menschen, und die hatten menschliche Grundbedürfnisse wie Unterkunft und Jobs.

Die großen Kohlereviere beschäftigten Tausende Arbeiter, die den rotgrünen Parteien wenigstens nominell am Herzen liegen, weswegen dort gewaltige steuerfinanzierte Umstrukturierungen geplant wurden und werden (Kohleaaustieg 2038...). An die Arbeiter der Kernkraft denkt aber niemand von den Politikern, weil hocheffiziente zentrale Energiequellen viel weniger Personal benötigen und die Techniker und Ingenieure wohl regelrecht verhaßt sind.

Das läßt sich der Landrat von Hameln nicht gefallen und fordert Unterstützung von Berlin für den Kreis, in dem nicht wenige Arbeitnehmer vom KKW Grohnde lebten. Dabei mußten die Beschäftigten das Kraftwerk noch nicht einmal von innen kennen, da das Personal Nahrungsmittel, Unterkünfte, medizinische und andere Dienstleistungen, und vieles andere brauchte, was Händler, Handwerker, Ärzte und Hoteliers anboten. Deswegen fallen nun etliche Jobs weg, was man nicht bedachte. Hinzu kommen die Steuerausfälle. Als Argumentationsknüppel nutzt der Landrat das nukleare Risiko, das die örtliche Bevölkerung für das ganze Land getragen habe. Da Grohnde nicht im Tsunami-Gebiet und auch nicht in der Sowjetunion liegt, ist das natürlich Unfug, aber der Mann muß für seine Wähler sorgen, dafür wurde er gewählt/ ernannt. Und um die weltfremden Amler in Berlin zum Zahlen zu bewegen, muß er ihre Ideologie nutzen.